

Grundwissen zum Bürgerlichen Recht

Ein Basisbuch zu den Anspruchsgrundlagen

von

Prof. Dr. Dres. h.c. Dieter Medicus, Prof. Dr. Jens Petersen

10. Auflage

Verlag Franz Vahlen München 2014

Verlag Franz Vahlen im Internet:

www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 4737 8

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de

Medicus · Petersen | Grundwissen zum Bürgerlichen Recht

beck-shop.de

beck-shop.de

Grundwissen zum Bürgerlichen Recht

Ein Basisbuch zu den Anspruchsgrundlagen

von

Dr. Dres. h. c. Dieter Medicus

em. Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München

und

Dr. Jens Petersen

Professor an der Universität Potsdam

10., neu bearbeitete Auflage

Verlag Franz Vahlen München 2014

beck-shop.de

Zitievorschlag: *Medicus/Pertersen* GW BürgerlR Rn.

www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 4737 8

© 2014 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH, Lahnau
Umschlagkonzeption: Martina Busch Grafikdesign, Homburg Kirrberg

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 10. Auflage

Vor rund zwanzig Jahren verfasste *Dieter Medicus* die erste Auflage dieses Buchs während des Wintersemesters 1993/94 auf der Grundlage einer Vorlesung über die ersten drei Bücher des BGB zur Vorbereitung der Studierenden auf die Vorgerücktenübung. Pünktlich zum Semesterende war das Werk, von dem er erst in der vorletzten Semesterwoche beiläufig sprach, druckfertig. So konnte ich als studentische Hilfskraft an seinem Lehrstuhl beispielhaft sehen, wie seine Veröffentlichungen aus der Lehre hervorgingen.

Entsprechend seinem doppeldeutigen Titel konzentriert sich auch die Neuauflage anhand der gesetzlichen Regelungen auf die Vermittlung des unverzichtbaren Grundwissens zum Bürgerlichen Recht und beschränkt die Nachweise auf die höchstrichterliche Rechtsprechung. Auf Streitstände wurde weitgehend verzichtet, weil zu den Problemen, die sie repräsentieren, nur vordringt, wer über das nötige Grundwissen verfügt. Denn dieses besteht in der Vermeidung von Grundlagenfehlern, die sich in der Fallbearbeitung verhängnisvoller auswirken als das Fehlen abweichender Ansichten.

Für ihre Anregungen, Diskussionen und Vorschläge möchte ich Dr. Caroline Apelt, Roy F. Bär, Sophia Obst und vor allem Dr. Lars Rühlicke danken.

Potsdam, August 2014

Jens Petersen

Vorwort zur 1. Auflage

I. Dieses Buch soll gewissermaßen ein Grundgerüst für mein seit 1993 in 16. Auflage vorliegendes »Bürgerliches Recht« darstellen. Zu dem Angebot eines solchen Grundgerüsts haben mich vor allem zwei Gründe veranlasst.

Erstens habe ich mein »Bürgerliches Recht« von Anfang an auf die Darstellung von Schwierigkeiten bei der Rechtsanwendung beschränkt. So habe ich dort zwar in § 22 den »Erwerb vom Nichtberechtigten« behandelt, dagegen nicht den Erwerb vom Berechtigten; insoweit habe ich Kenntnis vorausgesetzt. Ähnlich habe ich zu § 823 I BGB zwar die Verletzung sonstiger Rechte ausführlich erörtert (§ 24 II), nur am Rande aber die viel häufigere Verletzung des Eigentums. Unzweifelhaft unterlaufen jedoch selbst im Examen zahlreiche (und gerade die schlimmsten) Fehler bei der an sich einfachen Rechtsanwendung. Deren Erörterung konnte aber in das »Bürgerliche Recht« nicht noch zusätzlich eingefügt werden, ohne dessen Umfang vollends zu sprengen.

Der zweite Grund hängt mit dem eben erwähnten Umfang zusammen: Dieser hat sich seit der 1. Auflage um etwa zwei Drittel vermehrt. Der Hauptgrund war meine Erfahrung, dass weitere Probleme wesentlicher Bestandteil von Examensklausuren wurden,

und diese Probleme habe ich dann mit aufgenommen. Dadurch sind freilich Übersichtlichkeit und Lesbarkeit des »Bürgerlichen Rechts« vermindert worden. Ich hoffe, solche Mängel mit dem vorliegenden Buch zu vermeiden.

II. In der Sache tritt hier insbesondere der Anspruchsaufbau noch deutlicher hervor, den ich nach wie vor regelmäßig für zweckmäßig halte. Dieser Deutlichkeit soll auch die gegenüber dem »Bürgerlichen Recht« leicht geänderte Gliederung dienen. Damit soll sich das vorliegende Buch nicht erst für die Examensvorbereitung eignen, sondern etwa schon für die Vorbereitung auf die Vorerücksichtsübung im Zivilrecht. Vielleicht mag es auch einer knappen wiederholenden Erinnerung an das Wesentlichste ganz kurz vor dem Examen dienen.

Ersetzen kann und soll dieses Buch das »Bürgerliche Recht« freilich nicht. Denn die dort dominierende Diskussion schwierig zu lösender Fälle fehlt hier fast vollständig. Auch bringe ich hier nur wenige Angaben über die Rechtsprechung, und die Literaturhinweise beschränken sich fast ganz auf mein »Bürgerliches Recht«. Wer Vertiefung wünscht, muss also diesen Hinweisen nachgehen und wird dort auch weitere Belege finden.

Nochmals sei hier aber wieder mit besonderem Nachdruck betont: Wichtiger als Rechtsprechung und Literatur es sein können, ist fast überall das Gesetz. Allein dieses steht ja auch neben dem Verstand des Prüflings im Examen zur Verfügung. Vor allem anderen muss also der Umgang mit dem Gesetz gelernt werden, zumal wenn es ein so gutes ist wie das BGB. Um dieses Lernen zu erleichtern, habe ich die gesetzlichen Vorschriften immer wieder und vielleicht auch da zitiert, wo man das für überflüssig halten könnte. Aber diese Zitate bedeuten nur eine erste Hilfe: Nachschlagen muss der Leser das Gesetz selbst; andernfalls bleibt ihm der Zugang weithin verschlossen.

Tutzing, Anfang März 1994

Dieter Medicus

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 10. Auflage	V
Vorwort zur 1. Auflage	V
Abkürzungen	XV
Einleitung. Aufbaufragen	1
§ 1 Die zivilrechtlichen Aufgaben	1
I. Die juristischen Tätigkeiten	1
1. Streitentscheidung	1
2. Streitvorbereitung	2
3. Streitvermeidung und andere Rechtsgestaltung	2
4. Problembeschreibung	3
II. Rechtsanwendung und Sachverhalt	4
1. Praxis und Ausbildung	4
2. Die Erfassung des Sachverhalts	4
III. Mehrheit von Fragen	7
§ 2 Der Anspruchsaufbau	8
I. Ziele des Anspruchsaufbaus	8
II. Anspruchsnormen, Hilfsnormen, Gegennormen	8
1. Die Anspruchsbegründung	9
2. Gegennormen	9
III. Die Reihenfolge der Prüfung mehrerer Anspruchsnormen	10
1. Allgemeines	10
2. Einzelheiten	10
IV. Mehrheit von Anspruchszielen	11
V. Mehrheit von Anspruchsgegnern	12
VI. Mehrheit von Anspruchstellern	12
§ 3 Überblick über wichtige Privatrechtsinstitute	13
I. Rechtssubjekte und Rechtsobjekte	13
1. Der natürliche Grundzustand	13
2. Juristische Erweiterungen	13
II. Die Rechtsverhältnisse	14
III. Bewegungsvorgänge	16
1. Rechtsgeschäfte	16
a) Einseitige Rechtsgeschäfte	16
b) Zweiseitige Rechtsgeschäfte	17
c) Das Verhältnis zwischen Verpflichtung und Verfügung	18
2. Leistungen	18
3. Rechtsverletzungen	19
a) Arten der Rechtsverletzung	19
b) Absolute und relative subjektive Rechte	19
4. Andere rechtserhebliche Umstände	20
a) Menschliches Verhalten	20
b) Unabhängig von menschlichem Verhalten	21
5. Bewegungsvorgänge im Anspruchsaufbau	21
1. Abschnitt. Ansprüche aus Schuldverträgen	23
§ 4 Primäre und sekundäre Vertragsansprüche	23
I. Die Unterscheidung und ihre Bedeutung	23
1. Primäransprüche	23
2. Sekundäransprüche	23

3. Prüfungsreihenfolge	24
II. Das Prüfungsprogramm für primäre Vertragsansprüche	24
III. Das Prüfungsprogramm für sekundäre Vertragsansprüche	25
§ 5 Der Vertragsschluss	26
I. Arten des Vertragsschlusses	26
1. Individualvertrag und die Verwendung Allgemeiner Geschäftsbedingungen	26
2. Persönlicher Abschluss und Abschluss durch Hilfspersonen	26
II. Der persönlich durch Antrag und Annahme abgeschlossene Individualvertrag	27
1. Der Antrag	27
2. Die Annahme	28
III. Die Einschaltung von Hilfspersonen in den Vertragsschluss	29
1. Der Bote	30
2. Der Stellvertreter	30
IV. Die Einbeziehung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	34
1. Positive Einbeziehungserfordernisse	34
2. Gründe gegen die Einbeziehung	34
3. Inhaltskontrolle	34
V. Die Zustimmung zu einem Entwurf	35
§ 6 Der Vertragstyp	35
I. Die Bedeutung des Vertragstyps	35
1. Zustandekommen	35
2. Wirkungen aus dem Vertrag	36
II. Die Ermittlung des Vertragstyps	36
1. Hinweise in der Aufgabe	37
2. Unerheblichkeit der Einordnung	37
3. Die Einordnung selbst	37
III. Komplikationen	38
1. Atypische Verträge	38
2. Gemischte Verträge	38
3. Vertragsverbindungen	39
§ 7 Wirksamkeitsvoraussetzungen und Wirksamkeitshindernisse	40
I. Das Bestehen von Privatautonomie	40
II. Rechtsbindungswille und Erklärungsbewusstsein	41
1. Gesellschaftliche Ebene	41
2. Gentlemen's Agreement	41
3. Unzumutbare Bindung	41
4. Fehlen des Erklärungsbewusstseins	42
III. Geschäftsfähigkeit	42
1. Beschränkte Geschäftsfähigkeit	42
2. Geschäftsunfähigkeit	43
IV. Einhaltung von Formgeboten	43
1. Arten der Formen	43
2. Folgen des Mangels der gesetzlichen Form	44
3. Folgen des Mangels der vereinbarten Form	45
V. Gesetzesverstoß	45
VI. Sittenverstoß	46
1. Die guten Sitten	46
2. Wucher und wucherähnliche Geschäfte	47
VII. Weitere Nichtigkeitsgründe	47
§ 8 Erlöschen des Primäranspruchs durch Ausübung von Gestaltungsrechten	48
I. Anfechtung	48
1. Irrtum	48
2. Arglistige Täuschung	49
3. Widerrechtliche Drohung	50
4. Anfechtungserklärung	50
II. Rücktritt	50

1. Funktionen	50
2. Rücktrittsgründe	51
3. Ausschluss des Rücktrittsrechts	53
4. Die Rücktrittserklärung	54
III. Der verbraucherschützende Widerruf	54
IV. Kündigung	55
1. Arten der Kündigung	55
2. Kündigungsgründe	56
3. Kündigungserklärung	57
V. Zeitliche Grenzen der Gestaltungsrechte	57
VI. Weitere Auflösungsmöglichkeiten	57
§ 9 Erlöschen des geltend gemachten Anspruchs	57
I. Erfüllung	57
II. Aufrechnung	58
III. Unmöglichkeit der Leistung	58
1. § 275 BGB	58
2. § 311a BGB	59
3. Abgrenzungsfragen	59
4. Gattungsschuld	60
IV. Unmöglichkeit der Gegenleistung	60
1. Die Regel des § 326 BGB	60
2. Ausnahmen	61
V. Weitere Erlöschensgründe	61
§ 10 Einreden	62
I. Verjährung	63
1. Dauer und Beginn	63
2. Hemmung und Neubeginn der Verjährung	63
II. Das allgemeine Zurückbehaltungsrecht	64
III. Das Zurückbehaltungsrecht nach §§ 320, 322	64
§ 11 Sekundäre Vertragsansprüche I: auf Schadensersatz	65
I. Die Pflichtverletzung	66
1. Nichtleistung	66
2. Verzögerung der Leistung	67
3. Sonstige Pflichtverletzungen	68
II. Das Vertretenmüssen	69
1. Regel: Haftung für eigenes Verschulden, § 276	69
2. Erste Erweiterung: Haftung für Erfüllungsgehilfen, § 278 S. 1 Alt. 2	70
3. Zweite Erweiterung: Haftung für gesetzliche Vertreter, § 278 S. 1 Alt. 1	71
4. Spezielle gesetzliche Veränderungen des Haftungsmaßstabs	71
5. Vertragliche Veränderungen des Haftungsmaßstabs	72
6. Behauptungs- und Beweislast	73
III. Der Schaden	73
1. Natural- und Geldersatz	74
2. Vermögens- und Nichtvermögensschaden	74
3. Positives und negatives Interesse	75
4. Kausalität und andere Zurechnungselemente	76
5. Vorteilsanrechnung	77
6. Mitwirkendes Verschulden	77
§ 12 Sekundäre Vertragsansprüche II: aus Rücktritt	78
I. Die Haftung nach Rücktrittsrecht	78
1. Rückabwicklung von Leistungen	78
2. Nutzungen	79
3. Verwendungen	79
II. Rücktritt und Bereicherung	80
1. Ausgangspunkt	80
2. Unterschiede bei der Haftung	80

§ 13 Sekundäre Vertragsansprüche III: auf Anpassung, insbesondere Minderung	81
I. Die Minderung	81
1. Anwendungsbereich	81
2. Durchführung	81
II. Teilunmöglichkeit	82
III. Anrechnung von Ersparnissen	82
IV. Störungen der Geschäftsgrundlage	83
§ 14 Vertragsansprüche Dritter und gegen Dritte	83
I. Ursprüngliche Vertragsansprüche Dritter	83
1. Primäranansprüche	83
2. Sekundäranansprüche	84
II. Später erworbene Vertragsansprüche Dritter	85
1. Rechtsgeschäftliche Zession	85
2. Gesetzliche Zession (Legalzession)	86
3. Eintritt in einen Vertrag	87
III. Vertragliche Verbindlichkeiten Dritter	87
1. Rechtsgeschäftliche Schuldübernahme	88
2. Rechtsgeschäftlicher Schuldbeitritt	88
3. Gesetzliche Verstrickung in fremde Verbindlichkeiten	88
2. Abschnitt. Vertragsnahe Ansprüche	91
§ 15 Ansprüche aus Verschulden bei Vertragsverhandlungen	91
I. Begleitschäden aus Vertragsverhandlungen	91
II. Vertrauensschäden (negatives Interesse) bei Unwirksamkeit	92
1. Gesetzlich geregelte Fälle	92
2. Ungeregelte Fälle	92
3. Der Abbruch von Vertragsverhandlungen	93
III. Schaden durch die Bindung an einen ungünstigen Vertrag	93
1. Der Ausgangspunkt	93
2. Bedenken	94
3. Abhilfen	94
4. Erweiterungen	95
IV. Die Haftung Dritter	95
§ 16 Ansprüche aus Geschäftsführung ohne Auftrag	96
I. Abgrenzungen	96
1. Geschäfte und Zuständigkeiten	96
2. Das Fehlen eines Rechtsverhältnisses	96
3. Der Fremdgeschäftsführungswille	97
II. Ansprüche aus Geschäftsführung ohne Auftrag	97
1. Berechtigte und nichtberechtigte Geschäftsführung	97
2. Ansprüche bei berechtigter Geschäftsführung ohne Auftrag	98
3. Ansprüche bei nichtberechtigter Geschäftsführung ohne Auftrag	98
3. Abschnitt. Dingliche Ansprüche	99
§ 17 Dingliche Ansprüche und Leistungsstörungen	99
I. Der dingliche Anspruch	99
II. Störungen bei dinglichen Ansprüchen	99
1. Das Eigentümer-Besitzer-Verhältnis als Sonderordnung	99
2. Zweifelsfragen	100
III. Die Prüfung dinglicher Ansprüche	101
§ 18 Der Erwerb von Mobiliareigentum	101
I. Arten des Eigentumserwerbs	101
II. Rechtsgeschäftlicher Erwerb vom Berechtigten mit Verfügungsbefugnis, §§ 929–931	101
1. Das Einigsein	101
2. Die Übergabe und ihre Surrogate	103
III. Rechtsgeschäftlicher Erwerb vom Nichtberechtigten, §§ 932–936	105

1. Guter Glaube des Erwerbers	105
2. Nichtabhanden gekommensein	105
3. Andere allgemeine Erfordernisse	106
4. Übergabe und Übergabeersatz	107
5. Lastenfreier Erwerb, § 936	108
IV. Gesetzlicher Erwerb	108
1. Durch Erbgang, § 1922 I	108
2. Durch Ersitzung, §§ 937ff.	108
3. Durch Verbindung, §§ 946, 947	109
4. Durch Vermischung und Vermengung, § 948	110
5. Durch Verarbeitung, § 950	110
6. Durch Forderungs erwerb, § 952	110
7. Erwerb von Erzeugnissen und sonstigen Bestandteilen, §§ 953ff.	111
8. Erwerb auf andere Weise	111
V. Erwerb durch Staatsakt	112
 § 19 Der Erwerb von Grundeigentum	112
I. Rechtsgeschäftlicher Erwerb vom Berechtigten mit Verfügungsbefugnis, §§ 873, 925	112
1. Einigung (Auflassung)	112
2. Eintragung	113
3. Die Rolle der Vormerkung	113
II. Rechtsgeschäftlicher Erwerb vom Nichtberechtigten, § 892	115
1. Die Unterschiede zu den §§ 932ff.	115
2. Der Widerspruch	115
III. Die Grenze zwischen Mobilien- und Immobilien erwerb	115
IV. Gesetzlicher Erwerb von Grundeigentum	116
V. Erwerb von Grundeigentum durch Staatsakt	116
 § 20 Die weiteren Voraussetzungen der Vindikation	116
I. Besitz des Beklagten	116
II. Kein Besitzrecht des Besitzers	117
1. Dingliche Rechte	117
2. Obligatorische Rechte	118
III. Keine andere Verteidigung des Besitzers	118
1. Das Zurückbehaltungsrecht aus § 1000	118
2. Weitere Verteidigungsmittel	119
 § 21 Andere dingliche Ansprüche aus dem Eigentum	119
I. Die negatorischen Ansprüche, § 1004	119
1. Die Beeinträchtigung	119
2. Der Störer	119
3. Anspruchsausschluss	120
4. Rechtsfolgen	121
II. Der Grundbuchberichtigungsanspruch, § 894	121
III. Die Dritt widerspruchs(-interventions)klage, § 771 ZPO	122
 § 22 Ansprüche aus Besitz	122
I. Die beiden Arten von Ansprüchen aus Besitz	122
1. Possessorische Ansprüche	122
2. Petitorische Ansprüche	123
II. Die possessorischen Ansprüche	123
1. Verbotene Eigenmacht	123
2. Die Ansprüche aus verbotener Eigenmacht	123
3. Die mögliche Verteidigung	124
III. Der petitorische Anspruch	124
1. Der Anspruch nach Abs. 1	124
2. Der Anspruch nach Abs. 2	125
3. Sinn und Anwendung des § 1007	125

4. Abschnitt. Ersatzansprüche aus Delikt und Gefährdung	127
§ 23 Unterscheidungen und Konkurrenzen	127
I. Unterscheidungen nach dem Anspruchsgrund	127
1. Unrecht und Gefährdung	127
2. Unrecht und Verschulden	127
3. Der Beweis des Verschuldens	128
II. Unterschiede beim Haftungsumfang	128
1. Regelmäßiger Umfang	128
2. Ansprüche Dritter	129
3. Höchstbeträge	129
III. Zusammentreffen mit anderen Anspruchsgrundlagen	130
1. Die Häufung von Schadensersatzansprüchen	130
2. Wechselseitige Beeinflussung?	130
§ 24 Die allgemeinen Voraussetzungen von Deliktsansprüchen	130
I. Die Haftung aus verschuldetem Unrecht	130
1. Objektiver Tatbestand	130
2. Rechtswidrigkeit	131
3. Verschulden	133
4. Schaden	133
5. Haftungsbegründende Kausalität	133
II. Abweichungen bei verschuldensunabhängiger Haftung	134
III. Aufbauhinweise	134
§ 25 Einzelne Probleme des Deliktsrechts	134
I. Eigentumsverletzung	134
1. Vorrang der §§ 989ff.	135
2. Arten der Eigentumsverletzung	135
II. Die »sonstigen Rechte« des § 823 I	136
1. Eigentumsähnliche Rechte	136
2. Rahmenrechte	136
3. Das Vermögen	137
III. Die Produkthaftung	138
1. ProdHaftC und allgemeines Deliktsrecht	138
2. Die Entwicklung der deliktischen Produzentenhaftung	138
IV. Mehrheit von Schädigern	139
1. Die Haftung dem Grunde nach	139
2. Der Umfang der Haftung	140
3. Die Schadensverteilung im Innenverhältnis	141
5. Abschnitt. Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung	143
§ 26 Inhalt und Gründe von Bereicherungsansprüchen	143
I. Der Inhalt von Bereicherungsansprüchen	143
1. Der Wegfall der Bereicherung	143
2. Die geschuldeten Leistungen	144
II. Gründe von Bereicherungsansprüchen	145
1. Die Leistungskondition	145
2. Die Nichtleistungskonditionen	145
§ 27 Die Leistungskondition	147
I. Übersicht	147
II. Der maßgebliche »rechtliche Grund«	147
1. Die Zweckverfehlung als regelmäßiger Konditionsgrund	147
2. Leistungen zur Schuldtilgung	148
3. Leistungen zu anderen Zwecken	149
III. Gründe für den Ausschluss der Leistungskondition	149
1. Widersprüchliches Verhalten	149
2. Sitte und Anstand	150
3. Gesetzes- oder Sittenverstoß des Leistenden	150

IV. Mehrpersonenverhältnisse	151
1. Leistungskette	151
2. Anweisungsfälle	152
3. Andere Konstellationen	153
§ 28 Die Eingriffskondiktion	154
I. Anwendungsbereich	154
II. Die Sonderregelung in § 816 BGB	154
1. Die entgeltliche Verfügung eines Nichtberechtigten, § 816 I 1 BGB	154
2. Die unentgeltliche Verfügung eines Nichtberechtigten, § 816 I 2 BGB	155
3. Die befreiende Leistung an einen Nichtberechtigten, § 816 II	156
III. Die allgemeine Eingriffskondiktion	156
1. Das Eingriffssobjekt	156
2. Die Rechtsgrundlosigkeit	157
3. Der Anspruchsinhalt	157
IV. Eingriff und Leistungsverhältnisse	157
1. Die Problematik	157
2. Subsidiarität der Eingriffskondiktion?	158
Paragraphenregister	161
Sachregister	169

beck-shop.de